



Lebenshilfe

im Rhein-Erft-Kreis e.V.

Lebenshilfe im Rhein-Erft-Kreis e.V., Desdorfer Str. 10, 50189 Elsdorf

An

Josefine Paul - Ministerin des MKJFGFI,
alle Landtagsabgeordneten des Rhein-Erft-Kreises,
die familienpolitischen Sprecher der Parteien
und den Bundestagsabgeordneten des Rhein-Erft-Kreises

Lebenshilfe
im Rhein-Erft-Kreis e.V.
Desdorfer Str. 10
50189 Elsdorf

www.lebenshilfe-rek.de

18.12.2025

KiBiz-Novellierung: Dringender Handlungsbedarf aus der Sicht eines freien Trägers

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte politisch Verantwortliche für Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen,

als freier Träger von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen begrüßen wir ausdrücklich, dass die Landesregierung gemeinsam mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden an einer Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) arbeitet. Der eingeschlagene Reformprozess ist notwendig und richtig. Sowohl das Eckpunktepapier als auch der inzwischen vorliegende Referentenentwurf stellen dabei wichtige Zwischenschritte dar.

Aus unserer Sicht reichen die bislang vorgesehenen Änderungen jedoch nicht aus, um die Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen dauerhaft zu stabilisieren und die Qualität frühkindlicher Bildung für Kinder, Familien und Fachkräfte verlässlich zu sichern. Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie eindringlich, sich im nun anstehenden Gesetzgebungsverfahren mit Nachdruck für zentrale Anpassungen einzusetzen, die eine tatsächliche und nachhaltige Stärkung des Systems der Kindertageseinrichtungen ermöglichen.

Insbesondere ist eine grundlegende Überarbeitung des Finanzsystems der Kitafinanzierung sowie der Trägeranteile erforderlich. Nur so kann gewährleistet werden, dass freie Träger künftig wirtschaftlich auskömmlich arbeiten können. Ohne spürbare und zeitnahe Nachbesserungen droht eine weitere Verschärfung der ohnehin angespannten Situation, mit gravierenden Folgen für Kinder, Beschäftigte und kommunale Verantwortungsträger.

Der Alltag in unseren Einrichtungen zeigt deutlich, wie hoch der finanzielle und organisatorische Druck inzwischen ist. Vor diesem Hintergrund benennen wir nachfolgend aus Trägersicht die aus unserer Sicht unverzichtbaren Punkte, die im weiteren Gesetzgebungsverfahren zwingend berücksichtigt werden müssen:

1. Finanzielle Verlässlichkeit und Auskömmlichkeit

Qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung benötigt stabile Rahmenbedingungen und eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung. Trotz erheblicher Landesmittel besteht weiterhin eine strukturelle Unterfinanzierung, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Personalkosten, hoher Inflation und wachsender

Anforderungen. Finanzielle Entlastungen müssen daher bereits ab August 2026 greifen und dürfen nicht erst für 2027 vorgesehen werden.

2. Bürokratie abbauen – pädagogische Arbeit stärken

Die angekündigten Vereinfachungen bei Prüf- und Nachweispflichten begrüßen wir ausdrücklich. Damit diese tatsächlich entlastend wirken, müssen neue Berichtspflichten konsequent vermieden und digitale Verfahren verbindlich etabliert werden. Jede zusätzliche Verwaltungsstunde geht zulasten der pädagogischen Arbeit mit den Kindern.

3. Planungssicherheit für Träger gewährleisten

Die Planungsgarantie hat sich als wirksames Instrument zur Absicherung der Träger bewährt. Sie darf nicht ersatzlos entfallen, solange kein gleichwertiges und verlässliches Instrument zur Verfügung steht. Fehlende Planungssicherheit bringt viele Einrichtungen in existenzielle Risiken.

4. Personal gewinnen, halten und Qualität sichern

Flexibilisierung darf nicht zulasten der Qualität gehen. Jede Stunde in der Kita ist Bildungszeit und erfordert durchgehend qualifiziertes Personal.

Es ist nicht akzeptabel, dass bei der Pauschalfinanzierung von Ausbildungsplätzen das duale Studium erneut nicht berücksichtigt wird, während zugleich höhere Qualifikationsanforderungen, insbesondere an Leitungen, gestellt werden. Ausbildungsanspruch und Finanzierung klaffen hier deutlich auseinander.

Das Kitahelferprogramm hat sich als deutlicher Mehrwert für die Kitas erwiesen, insbesondere in der herausfordernden Zeit der Corona-Pandemie. Trotz dieses nachweislichen Nutzens wurde das Fördervolumen in den vergangenen Jahren schrittweise reduziert. Die beabsichtigte Integration in das KiBiz ist grundsätzlich zu begrüßen, verfehlt jedoch ihr Ziel aufgrund der deutlich zu niedrigen anteiligen Finanzierung. Für die Mehrheit der Kitas hätte dies entweder eine Reduzierung der Kitahelferstunden oder zusätzliche finanzielle Belastungen zur Folge. Erforderlich ist daher eine verlässliche und dynamische Mindestförderung, unabhängig von der Kinderzahl, mindestens in Höhe der bisherigen Fördersumme von 16.200 Euro jährlich.

5. Inklusion konsequent und praxistauglich umsetzen

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder, mit und ohne Förderbedarf, ist, gerade für uns als Lebenshilfe, ein zentrales Ziel, das sich im KiBiz sowohl finanziell als auch strukturell widerspiegeln muss. Die derzeitige Trennung zwischen Kinderbildungsgesetz und Eingliederungshilfe erschwert eine gelingende Umsetzung erheblich, wie wir täglich erfahren. Erforderlich sind klare, abgestimmte und praxistaugliche Regelungen aus einer Hand.

6. Investitionen in Gebäude und Ausstattung sichern

Die angekündigten Investitionsmittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sind ein wichtiges Signal. In der Praxis reichen diese Mittel jedoch nicht aus, um den erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf zu decken. Zudem stellen die geforderten Eigenanteile viele freie Träger vor kaum überwindbare Hürden. Hier braucht es flexiblere Lösungen und zusätzliche Unterstützungsangebote.

7. Faire Rahmenbedingungen für freie Träger schaffen

Freie Träger leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Vielfalt und Stabilität der Kita-Landschaft in NRW. Um diese Rolle dauerhaft zu sichern, müssen Trägeranteile überprüft, Miet- und Verwaltungskosten realistisch refinanziert sowie Rücklagenregelungen deutlich flexibler gestaltet werden.

Unser gemeinsames Ziel ist es, allen Kindern eine hochwertige Bildung, Betreuung und Förderung zu ermöglichen; unabhängig von Wohnort oder Trägerschaft. Dafür braucht es tragfähige Strukturen, eine faire und verlässliche Finanzierung sowie klare politische Entscheidungen.

Wir appellieren daher an die Verantwortlichen in Kommunen und Landespolitik, die praktischen Erfahrungen und Erwartungen der Träger im weiteren Prozess der KiBiz-Novellierung ernsthaft einzubeziehen; im Interesse der Kinder, ihrer Familien und der Mitarbeitenden, die täglich Verantwortung in unseren Einrichtungen übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Lebenshilfe im Rhein-Erft-Kreis e.V.



Horst Baxpehler
Vorstandsvorsitzender



Sebastian Stöcker
Geschäftsbereichsleitung Kindertagesstätten